

TILLICH

Später Werwolf

(siehe Titelbild)

Es war wie in einem drittklassigen Spionagefilm: Ein führender Funktionär eines Westberliner antikommunistischen Nachrichtendienstes, der schon sechzigjährige Kurt Baitz, in Kollegenkreisen „Onkel Gustav“ genannt, hatte sich in seiner Wohnung mit einer jungen Geheimagentin verabredet. Die Agentin, unter dem Allerweltsnamen Irmgard Schultz regelrecht getarnt, wollte ihm — wie schon häufiger — wichtige Informationen aus der Sowjetzone bringen.

Der Treff zwischen dem alternden Spionagemfunktionär und seiner jungen Agentin verlief nicht so streng dienstlich, daß nicht auch ein paar Gläschen Alkohol kredenzt worden wären. Indes, „Onkel Gustav“ wurde schon nach Genuß zweier Gläser ohnmächtig. Als er wieder zu sich kam, war nicht nur die jugendliche Agentin verschwunden, sondern auch sein Personalausweis und ein Packen wichtiger Geheimdokumente, die „Onkel Gustav“ unverzeihlicherweise in seiner Wohnung aufbewahrt hatte.

„Onkel Gustav“ konstatierte, was auch jeder Vorstadtkinobesucher sofort geschlossen hätte: Die Geheimagentin hatte ein Betäubungsmittel in sein Glas geschüttet.

„Onkel Gustavs“ Unfall war die einstweilen letzte Panne in der pannenreichen Geschichte eines der merkwürdigsten Vereine, die jemals in ein deutsches Vereinsregister eingetragen wurden, der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e. V.“ (KgU) in Westberlin.

Dieser absonderliche Verein wird seit Jahren von den Propagandisten der Sowjetzone — und nicht nur von ihnen — als eine Spionage- und Sabotage-Zentrale bezeichnet; seinen Satzungen nach widmet er sich jedoch „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen“ Aufgaben. Ernst Tilling, gelernter Theologe und langjähriger Vorsitzender der KgU, umschrieb Zweck und Ziel des Vereins so: Das „zentrale Anliegen der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ sei die „politische Seelsorge und politische Seelenführung der Menschen, die das stalinistische Joch zu tragen haben“.

So schöner Formulierungen über sein „Anliegen“ muß der Verein freilich seit einiger Zeit entraten; denn Ernst Tilling hat es verstanden, die KgU und sich selbst durch stümperhafte und törichte Widerstände so gründlich in Mißkredit zu bringen, daß er schließlich als Vorsitzender zurücktreten mußte.

Tilling — zur Zeit unbekanntem Aufenthalts — war zu einer Art symbolischer Figur geworden: Er war der unentwegte kalte Krieger, ein verspäteter Werwolf. Dem Osten galt er als Inkarnation des Saboteurs — nicht ganz zu Unrecht —, dem Westen war er suspekt, freilich weniger, weil er spionierte und sabotierte, als vielmehr des Dilettantismus wegen, mit der die Kampfgruppe unter seiner Leitung dieses heikle Geschäft betrieb — und dem SED-Regime in steter Folge Propaganda-Material und Angeklagte für Schauprozesse lieferte.

Tillings Tragik war, daß er — mit welchem Sinn für Publicity und vom sicheren Port aus — einen Heldenkampf führen wollte zu einer Zeit, da Heldentum dieser Prägung längst obsolet geworden war. All-

den Taten, die Tillichs Widerstandsamateure in der Sowjetzone vollbrachten, vom Zettelkleben bis zum — mißlungenen — Brückensprengen, ist das Vorbild deutlich anzusehen: der desparate Freiheitskampf in den Ländern, die während des zweiten Weltkrieges von deutschen Truppen besetzt waren. Wie französische Maquisards oder dänische Freiheitskämpfer sollten — so dachte Tillich es sich offenkundig — mitteldeutsche Partisanen die Flamme des Widerstandes gegen den Besetzer hüten und

gefährliche Spielereien mit Sprengstoffen gedacht. Hildebrandt, Jahrgang 1914, hatte ein Buch über den — ihm aus dem Kriege bekannten — Widerstandsmann Albrecht Haushofer geschrieben und einige Zeit nach der Kapitulation in Westberlin Kontakt zu einem sogenannten „Büro Hoffmann“ bekommen. Es wurde von einem ehemaligen Abwehrmann, einem Balten namens Dr. von zur Mühlen, geleitet und versuchte, in einer Kartei Nachrichten über politische Häftlinge in der Sowjetzone zu sammeln.



Kampfgruppenchef Tilling, Zonen-Bewohner: Tödlicher Widerstand

schüren bis zu dem Tag, da die Freiheit wiedergewonnen sei.

Was Tilling nicht erkennen wollte und die Zettelkleber in der Zone nicht erkennen konnten, war, daß es diese Chance nicht mehr gibt, daß ein Widerstand, der noch vor knapp zwei Jahrzehnten als ehrenhaft und sinnvoll galt und durch den Ausgang des Krieges tatsächlich auch im nachhinein gerechtfertigt wurde, heute, im Zeichen des H-Bomben-Gleichgewichts, seinen Sinn verloren hat.

Der Kampfgruppen-Gründer, der Schriftsteller Rainer Hildebrandt, hatte freilich anfangs durchaus nicht an lebens-

Dr. von zur Mühlens stille Sucharbeit, die er, der gelernte Abwehrmann, ohne jede Publizität führte, schien dem Hildebrandt nicht das Richtige. Auf einer überfüllten Versammlung im Berliner Titania-Palast gab Hildebrandt im Oktober 1948 bekannt, eine Organisation mit dem anspruchsvollen Namen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ sei gegründet worden. Die Sache kam in die Zeitungen — Rainer Hildebrandt hatte mit der KgU eine Plattform für öffentliches Wirken gefunden.

In einer offiziellen Schrift „Der Weg der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ wird diese Zeit so dargestellt: „Die erste Re-

aktion auf die Veröffentlichungen waren zahlreiche Anfragen von Angehörigen verschleppter und verhafteter Personen ... Entlassene oder geflüchtete Häftlinge forderten die Registrierung von Angaben über das Bewachungspersonal und gaben auf diesem und anderen Gebieten wertvolle Hinweise. Andererseits aber durften sie auch erwarten, daß sie bei uns wenigstens eine erste Hilfe in seelischer und auch in materieller Hinsicht finden würden ... So ergab sich die Notwendigkeit, eine Abteilung Sozialfürsorge aufzubauen, deren Wirken schließlich durch eine großzügige Spende der Ford Foundation ... unterstützt wurde." Auch vom Roten Kreuz, der Caritas und der amerikanischen Care-Organisation besorgte Hildebrandt Gelder.

Immer häufiger meldeten sich in der Hildebrandtschen Wohnung in Grunewald, wo die KGU anfänglich ihren Sitz hatte, Besucher aus der Zone, um Näheres über verhaftete Angehörige zu erfahren, aber auch, um sich über die bedrückenden Zustände an ihrem Heimatort auszusprechen.

Es blieb deshalb nicht aus, daß neben der Häftlingskartei andere Karteien angelegt wurden, eine von Denunzianten etwa, die Mitbürger ins Gefängnis gebracht hatten. Auch Angaben über die politische, wirtschaftliche und militärische Situation fanden den Weg in die Akten der KGU.

Aber nicht nur bei den Bewohnern der Sowjetzone, auch anderenorts stieß die KGU auf Interesse: beim amerikanischen Geheimdienst, dessen Amt es ebenfalls war, die Zustände in der Zone zu beobachten.

Ende 1948 meldete sich bei Rainer Hildebrandt Amerikas „Counter Intelligence Corps“ (CIC), das feindliche Spionage abzuwehren hat. US-Oberst Wallach, von seinen deutschen Mitarbeitern respektlos „Plumpsbacke“ genannt, bat Dr. Rainer Hildebrandt, Einblick in die Karteien nehmen zu dürfen.

Damals haftete einer derartigen Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Amerikanern jedenfalls in Berlin keineswegs das Odium der Besatzungshörigkeit an. Die Sowjets blockierten seit dem Frühsommer 1948 die Berliner Westsektoren, und nur über die alliierte Luftbrücke konnten die Berliner notdürftig am Leben erhalten werden. Es entwickelte sich eine deutsch-amerikanische Kameradschaft, wie sie Westdeutschland nie gekannt hat.

Hildebrandt war zur Zusammenarbeit bereit. Mit Wallachs Hilfe zog die Kampfgruppe aus dem britischen in den amerikanischen Sektor. Wallach sorgte für amerikanische Regierungsgelder. Die KGU, bis dahin von karitativen Spenden abhängig, konnte etwa von Anfang 1949 an nicht mehr klagen. Das Geld floß nun aber nicht mehr aus rein karitativen Gründen, und die KGU zeigte sich ihren neuen Spendern erkenntlich, indem sie sich mehr und mehr auf das Spionieren verlegte. Auch andere Geheimdienste, die in Berlin arbeiteten, erkannten bald, daß die KGU eine ergiebige Quelle zu werden versprach. Ernst Tillich, der damals noch nicht zur KGU gehörte, erinnerte sich, der Verein habe schließlich „an dem Gegeneinander von fünf Nachrichtendiensten“ gelitten, die damals gleichzeitig „Vertrauensleute“ in der KGU unterhielten.

Damit war der ursprünglich gesteckte Rahmen — die Häftlingsbetreuung — gesprengt. Wenig später sah sich die KGU noch anderen Forderungen gegenüber. In einer offiziellen Schrift heißt es: „Unzählige aufrechte Männer und Frauen waren seit Beginn der Bolschewisierung nach Westberlin gekommen und hatten dort Rat und Stütze gesucht. Sie verlangten nach Flugblättern und Aufklärungsschriften, die sie in der Sowjetzone gegen den dortigen Betrug und das immer größer werdende Un-



Obereschüler Flade
Für eine gerechte Sache ...

recht verbreiten könnten. Ihre Absicht war, in irgendeiner Form zu protestieren und wenn möglich zu demonstrieren.“

Rainer Hildebrandt versuchte zunächst, diese Menschen auf die Methoden des passiven Widerstandes à la Gandhi zu verweisen. Die Kampfgruppe proklamierte beispielsweise sogenannte „Tage des Schweigens“. Das zweimal angestellte Experiment hatte allerdings einen gegenteiligen Erfolg. An diesen Tagen sollten die Zonenbewohner weder ein Kino noch ein Theater noch irgendeine andere Veranstaltung aufsuchen. Alle ohnehin verdächtigen Personen eilten daraufhin in die Theater und Kinos, um sich nicht zu gefährden.

Einen Einfall besonderer Art hatten die Kampfgruppenleute zum sowjetzonalen „Tag der Befreiung“ am 8. Mai 1950. Sie forderten die Sowjetbewohner auf, sich an diesem Tage nur auf dem rechten Bürgersteig der Straßen fortzubewegen.

Ende 1949 legte sich die Westberliner KGU-Zentrale eine „Widerstandsabteilung“ zu. Im Organisationsschema der KGU firmierte sie unter der Bezeichnung „Abteilung IIb“. Ihre Aufgabe war, Aktionen von der Art der Bürgersteig-Demonstrationen auszudenken und zu propagieren.

Die vielen neuen Verpflichtungen der KGU wuchsen dem Gründer Rainer Hildebrandt bald über den Kopf. Die Amerikaner gaben sehr nachdrücklich nachrichtendienstliche Anregungen und äußerten Wünsche. Sowjetzonale Menschenräuber versuchten, Rainer Hildebrandt hinter den Eisernen Vorhang zu verschleppen. Zwei Versuche schlugen fehl; aber der unversehens ins Nachrichtengeschäft geratene Literat Hildebrandt kam zu der Einsicht, daß er als KGU-Chef fehl am Platze sei.

Er begann, nach einem Mann zu suchen, der leichtfertig und ehrgeizig genug war, die fatale Aufgabe des KGU-Chefs zu übernehmen. Seine Wahl fiel auf den gelehrten Theologen Ernst Tillich — einen Mann, der ebensowenig wie Hildebrandt etwas von Spionage verstand.

Tillich hatte bei Karl Barth Theologie studiert und war bis 1934 Assistent am systematisch-theologischen Seminar der Berliner Universität gewesen. Anschließend hatte er in mehreren Kirchenämtern gearbeitet. Von 1936 bis 1939 saß er als Angehöriger der „Bekennenden Kirche“ in Haft.

Bei Kriegsbeginn kam Tillich, 29 Jahre alt, frei. Er arbeitete als Terminalsachbearbeiter bei Siemens & Halske; 1942 wurde er eingezogen, und als der Krieg zu Ende ging, hatte er es bis zum Sanitätsfeldwebel gebracht. Im amerikanischen Kriegsgefangenenlager Fürstentfeldbruck hängte er sich ein Kreuz an seine grüne Polizeiuniform und hielt Andachten ab („Man hat mir bis heute nicht verboten zu predigen“).

Die ersten turbulenten Nachkriegsmonate verbrachte Tillich auf einer Anzahl von Posten, wie sie damals bei entlassenen Kriegsgefangenen beliebt waren, die kei-



... sinnlose Opfer: Eltern Flade, Tillich



Tod für KgU-Fahrer Burianek: Trockenmilch durch Zusatz von Seife ...

nen rechten Beruf, aber genügend Ehrgeiz hatten, ins öffentliche Leben zu treten.

Sechs Monate lang leitete er, ein Westpreuße aus Marienwerder, das Jugendamt im bayrischen Fürstenfeldbruck; er trat in die SPD ein und ging dann, als Geschäftsführer, nach Berlin zum Zentralbüro Ost des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland. Anschließend war er elf Monate lang stellvertretender Leiter des Hauptsozialamtes Berlin, dann für acht Monate Chefredakteur der Zeitschrift „Das Sozialistische Jahrhundert“ und Mitgeschäftsführer des „Hilfswerks Berlin“.

Nach diesem wechselvollen Weg durch die Nachkriegsjahre landete Tillich im Dezember 1948 als „Dozent für politische Ideologien und politische Ethik“ an der Hochschule für Politik in Berlin, wo ihn Rainer Hilde-

brandts Ruf zur „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ erreichte.

So sehr es ihm also an nachrichtendienstlicher Vorbildung mangelte — Betriebsamkeit, hastige Begeisterung für Ideale verschiedenster Art und intellektuelle Geschäftigkeit hatte er in seinen vielen Positionen zur Genüge bewiesen. Im April 1950 wurde Ernst Tillich „Politischer Leiter der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“.

Ein alliierter Abwehrmann, der damals Einblick in die KgU hatte, erinnert sich: „Jetzt waren dort drei Leute ...“

▷ Hildebrandt, jung, gut aussehend, brillant in seiner Art, charmant, aber notwendigerweise impulsiv und schwach, teils Proseniumsloge, teils utopisierender Intellektueller und teils Politiker;

▷ Dr. von zur Mühlen vom alten „Büro Hoffmann“, alter Geheimdienstthase, kein Trottel, aber nicht sonderlich brillant,

gehemmt von Natur und durch Krankheiten nervös geworden;

▷ Tillich, der neue, der starke Mann und Usurpator ... Als Organisationsmanager kam er direkt unter Hildebrandt, und er ging sofort zu einem Machtkampf gegen Dr. von zur Mühlen über, deren Untergrundteil der KgU dirigierte.“

Das Erfassen und Registrieren von politischen Häftlingen, ursprünglich die Hauptaufgabe der KgU, wurde zu jener Zeit nur noch nebenher betrieben. Im Vordergrund standen die Erforschung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Lage in der Sowjetzone — das Arbeitsgebiet Dr. von zur Mühlen —, und die Unterstützung des aktiven Widerstandes gegen das Sowjetzonen-Regime, den der neue Mann Ernst Tillich für das Dringendste hielt.

Der alliierte Geheimdienstmann erinnert sich: „Weil es zu seinem Drang nach Publizität paßte, wünschte Tillich, daß Dr. von zur Mühlen seine Abteilung nach den Thesen der Propaganda und der psychologischen Kriegführung organisierte. Möglicherweise waren das auch vom State Department übermittelte Anweisungen. Jedenfalls begann die KgU jetzt damit, junge Leute zu ermuntern — einige von ihnen nur 17 Jahre alt —, antikommunistische Plakate in der Sowjetzone zu kleben. Das war gut für die Publizität.“

Aber es war fatal für die jungen Menschen, deren Idealismus von Tillich in die Irre geleitet wurde. Der heute noch prominenteste jener Jugendlichen, die sich nach Widerstands-Aufrufen aus Westberlin mit rührendem Dilettantismus als Kämpfer gegen den Kommunismus opferten, ist der Oberschüler Hermann Flade. Er sitzt heute in einem Zuchthaus der Zone, während seiner im Westen regelmäßig öffentlich gedacht wird.

Hermann Joseph Flade, Jahrgang 1932, wohnte in dem erzgebirgischen Städtchen Olbernhau unweit der tschechoslowakischen Grenze. Es war ein stiller, strenggläubiger katholischer Junge. Nebenbei arbeitete er in der sowjetischen Wismut-AG, dem Uranbergbaubetrieb der Zone.

Er hatte einen Stiefvater, und sein einziger Vertrauter war der katholische Pfarrer Arthur Langer aus Marienberg, zu dessen Sprengel Olbernhau gehört. Mit ihm spielte er gelegentlich Schach. Seine Arbeitskollegen und seine Mitschüler respektierten ihn als „fanatischen Katholiken“, der mit allen Mitteln zu beweisen suchte, daß „der Katholizismus die richtige Lehre“ sei. Für den 15. Oktober 1950 waren in der Sowjetzone sogenannte Wahlen angesetzt. Mit den Gummibuchstaben eines Kinderdruckkastens fertigte der knapp 18jährige Flade heimlich fast 200 Flugblätter gegen das Sowjetzonen-Regime an und schlich sich nachts durch Olbernhau, um sie anzuhäften. In der Nacht zum 15. Oktober, kurz nach Mitternacht, wurde Flade dabei von dem Volkspolizisten Drechsel und der Volkspolizistin Köhler gestellt.

Der Polizist verlangte den Ausweis, Flade zog ein Messer und stach Drechsel in den Arm. Es kam zu einem Handgemenge, der Polizist erhielt mehrere — nicht lebensgefährliche — Stiche in den Rücken. Die Volkspolizistin Köhler griff zu ihrem Polizeistock und schlug auf Flades Kopf. Flade erwehrte sich der Angreiferin und entkam. Der Polizist Drechsel wurde ins Krankenhaus eingeliefert. Drei Tage später war Hermann Joseph Flade verhaftet.

Am 10. Januar 1951 stand er vor der 22. Strafkammer des Landgerichts Dresden, die im Ballhaus Tivoli in Olbernhau tagte. Der Schüler war wegen „Boykotttheze gegen die Deutsche Demokratische Republik und Mordversuchs an einem Volkspolizisten“ angeklagt.

Ungebrochen stand Flade vor seinen Richtern. Er bereute zwar, den Polizisten

* Vor dem Obersten Gericht der „DDR“. Im Hintergrund SED-Generalstaatsanwalt Meisheimer.



... unbrouchar gemacht: Tod für KgU-Chemiker Kaiser*

verletzt zu haben, sagte aber: „Ich war mir darüber im klaren, daß das (Flugzettelanhäften) sehr bestraft wird. Es hielt mich nicht davon ab, daß ich 15 oder 20 Jahre Zuchthaus zu erwarten hätte, wenn ich erwischt wurde, und ich war der Überzeugung, daß es eine gerechte Sache sei, wenn man gegen die Maßnahmen der DDR kämpft.“

Nach zwei Tagen Verhandlung wurde Flade zum Tode verurteilt. Sein Pfarrer Arthur Langer bekam kurz darauf acht Jahre Zuchthaus.

Das Urteil löste im Westen heftige Reaktionen aus. Ernst Tillich feierte den verurteilten Flade, der in seiner Todeszelle saß, in einer Rundfunk-Ansprache als Symbol für den besten Teil der deutschen Jugend. Auf einer Flade-Protestkundgebung am Berliner Funkturm, an der knapp 4000 Menschen teilnahmen, stellte Tillich die ebenso schön anzuhörende wie unsinnige Forderung, der sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst solle zur „ver-



KgU-Held Burianek
Ein Saboteur wurde abgeschaltet

brecherischen Organisation“ erklärt werden — wie einst in Nürnberg die Gestapo des Dritten Reiches.

Ende Januar wurde das Todesurteil gegen Flade in einer Revisionsverhandlung vom Oberlandesgericht Dresden aufgehoben und in eine Zuchthausstrafe von 15 Jahren umgewandelt. Seitdem vegetiert Flade als Opfer des Kalten Krieges kahlgeschoren, tuberkulös und hohlwangig in sowjetzonalen Zuchthäusern dahin.

Flade ist bei weitem nicht das einzige Opfer. Unzählige, darunter eine ganze Schulklasse, wurden wegen Flugzettelverteilens ins Zuchthaus gesteckt, ob sie die Zettel nun nach Aufrufen aus dem Westen selbst angefertigt oder direkt aus Westberlin bezogen hatten.

Die KgU sah auch in diesen Opfern einen Sinn: „Tragisch ist die Zahl der Opfer, die... ihre Freiheit und sogar ihr Leben hinter Gefängnismauern verloren haben. Wenn wir dies in allem Ernst und



... und nie mehr eine Fahrt mit Bart!



Ob Flugzeug, Auto oder Bahn — Sie fahren gut in PRÄSIDENT-Begleitung! Wie Sie auch immer reisen: Sie brauchen keinen Strom für die elektrische Rasur! Wo Sie auch sind: Sie sind rasiert durch PRÄSIDENT, dem unabhängigen, schnurlosen Elektrorasierer der AEG! Die „lästige Rasur“ wird nun sekundenschnelle Nebensache, die zeitraubenden Rasierumstände werden nun zur Stegreif-Blitzaktion! Kaufen Sie sich jetzt den PRÄSIDENT — dann sind Sie für Ihr ganzes Leben eine Sorge los!

Überall und jederzeit rasierbereit:

DM 118.—

AEG PRÄSIDENT

Der gute
Schloss
Wachenheim
Seht



Sektkellerei
SCHLOSS WACHENHEIM A. 6.
Wachenheim a. d. Weinstraße



Sie sparen

manchen beschwerlichen Weg, denn Sie können sich alles dicht heranholen, wenn Sie in Ihrem Urlaub stets ein gutes Fernglas bei sich haben. Sehr bequem zu tragen und äußerst preisgünstig zu erwerben, wenn Sie es beim

**PRISMEN-SPEZIALVERSAND BECKER
BERLIN-GRUNEWALD 1**
kaufen. Sie erhalten in Original-Fabrikpackung Gläser von bester deutscher Präzisionsarbeit in allen Größen. Selbstverständlich mit einem Jahr Garantie. Bitte fordern Sie unseren Sonderprospekt D an



**SPIELBANK
BAD HOMBURG**

15 MINUTEN AUTOBAHN VON FRANKFURT AM MAIN

mit tiefer Erschütterung... erwähnen, so müssen wir doch aussprechen, daß die Arbeit dieser Menschen nicht nutzlos gewesen ist.

„Es kam darauf an, die Stabilisierung des KZ-Regimes immer wieder zu stören und aufzuhalten. Es kam darauf an, der Bevölkerung am Ort zu zeigen, daß die Gegenkräfte des Westens am Orte selbst vorhanden und am Werke waren.“

Erst später, nach heftigen Protesten aus dem Westen, proklamierte die KgU, „daß jugendliche Menschen von allen Widerstands- oder Propagandahandlungen ferngehalten werden müssen“.

Der alliierte Geheimdienstmann erinnert sich: „Die Verluste unter den Jugendlichen waren gewaltig. Praktisch alle fingen an zu ‚singen‘, sobald sie geschnappt waren. Weil sie Amateure waren, verwickelten sie jeden in die Sache, mit dem sie jemals Kontakt hatten. Diese Situation schuf nicht nur Spannungen zwischen Dr. von zur Mühlen und Tillich, sondern auch in der ganzen KgU, besonders in Dr. von zur Mühlen Abteilung, wo sich das Personal hinter seinen Chef stellte.“

Dr. von zur Mühlen wollte gern mehr Mittel für seine reine Ausforschungsarbeit haben und hielt nichts von Tillichschen Widerstandsaktionen. Aber Tillich hielt an dem Spektakulum der sinnlosen Widerstandsaktionen fest. Bald nachdem er „Politischer Leiter“ geworden war, begann er, in großem Umfang antikommunistisches Propagandamaterial in die Sowjetzone zu schleusen — mit Luftballons und auch durch Kurier.

„Die Form unseres Widerstandes“, schrieb er im Dezember 1951 in der „New York Herald Tribune“, „wird von der politischen Position abhängen, die der Westen im Kalten Krieg errungen hat. Wir können jetzt noch nicht die Verantwortung für Anforderungen zu Streiks oder irgendeine Art offener Revolte tragen. Wir sind überzeugt, daß eine solche Aktion früher oder später möglich und geeignet sein wird. Die politische Führung muß den Tag bestimmen, an dem mit einem Erfolg gerechnet werden kann.“

Die KgU hatte ein „Instrument des Kalten Krieges“ zu sein. Tillich fing an, systematisch alle KgU-Funktionäre zu entfernen, die an die Möglichkeit des Erfolgs einer „offenen Revolte“ in der Sowjetzone nicht glauben wollten. Auch Dr. von zur Mühlen, der Chef der Widerstandsabteilung, mußte im Januar 1951 einem neuen Mann weichen, dem jungen Gerd Baitz, Jahrgang 1923, „Onkel Gustavs“ Sohn.

Baitz hatte vor dem Kriege eine Ingenieurschule besucht, war 1939 Praktikant und 1941 Soldat geworden. Nach dem Krieg trat er in den Berliner Polizeidienst und war bald Leiter des „German Criminal Investigation Service“ im amerikanischen Sektor Berlins. Nach und nach holte sich Tillich außer Baitz sechs weitere Berliner Kriminalpolizisten in die KgU, denen er höhere Gehälter versprechen konnte, als sie bei der Polizei bekommen hatten, und die ihm zunächst alle blind ergeben waren.

Ein Jahr nach seinem Eintritt in die KgU, der es bis dahin einer näher bestimmbaren Rechtsform ermangelte, sicherte sich Tillich seine Position durch einen entscheidenden Zug: Mit einem Dutzend Freunden und KgU-Mitarbeitern gründete er einen Verein unter dem Namen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, der am 2. April 1951 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg eingetragen wurde.

Rainer Hildebrandt und Ernst Tillich wurden von den Vereinsmitgliedern zu Vorsitzenden gewählt, aber schon im November 1951 übergab Hildebrandt die KgU-Leitung an Tillich, und ein Jahr



KgU-Gründer Hildebrandt (r.), Flüchling
Von der Caritas ...

später, im November 1952, bestand der eingetragene Verein seine Probe: Das Dutzend Mitglieder wählte Ernst Tillich zum Vorsitzenden. Rainer Hildebrandt trat aus der KgU aus, weil „Aufgabenverlagerungen gegen die Satzung und gegen die Gründungsidee vorgenommen worden“ seien.

Zu jenem Zeitpunkt etwa erfuhren die meisten der sechzig bis siebzig KgU-Angestellten zum erstenmal von der Existenz dieses Vereins, dessen Bedienstete sie waren. Niemals, das stand fest, würde das Dutzend Tillich-treuer Vereinsmitglieder den Vorsitzenden abwählen.



KgU-Widerstandschef Baitz
... zur Sabotage

Tillichs Versuche, auch Vereinsvorsitzender eines westdeutschen Pendantes zur Berliner KgU zu werden, schlugen allerdings fehl, obgleich er bei diesem Ableger, der erst in Göttingen, später in Hannover residierte, eine Vertraute hatte, eine Ballin namens Anita Walter, die sich gelegentlich auch Anita von Walter nannte.

Sie schrieb an Tillich einen Brief, in dem es heißt: „Wie kommen wir zu einer Neuwahl des Vorstandes auf der Vollversammlung und damit zu Ihrer Wahl zum Vorsitzenden? ... Darf ich Sie zur Aufnahme als Mitglied nennen? Das ist ja die Voraussetzung zu einer Wahl... Welch ein Elend ist doch diese ‚demokratische Grundlage‘ eines Vereins!“

1950 holte Ernst Tillich seine Anita Walter nach Berlin, im September 1951 heiratete er sie. Sie brachte vier Söhne mit in die Ehe, von denen zwei an der Westberliner Freien Universität studieren und in den Semesterferien bei der KgU aushelfen. Anita Tillich wurde Geschäftsführerin der „Vereinigung für kulturelle Hilfe“, einer Tillich-Gründung, die freihetliches Schrifttum zum großen Teil „über die Wege der KgU und mit den Methoden der KgU verbreitet“.

Seit 1950 gehörte zur KgU auch ein chemisch-technisches Laboratorium, dessen erster Leiter der Chemiestudent Wolfgang Kaiser war. Kaiser, Jahrgang 1924, stellte Lunte her, die für Flugblattpropaganda benötigt wurden; die Flugblätter wurden so an den Ballons befestigt, daß sie im gleichen langsamen Tempo abregneten, wie die Lunte brannte.

Außerdem produzierte Kaiser Stinkbomben und versuchte sich an der Konstruktion von Brandsätzen, mit denen man kommunistische Propagandagerüste anzünden konnte, die aber auch geeignet waren, Metalle zu schmelzen. Das Laboratorium entwickelte Säuren, die Maschinenteile zerschmelzen konnten, und Essenzen, die jeden Motor nach kurzer Zeit auseinanderfliegen lassen, wenn man sie ins Benzin schüttet.

Im Februar 1952 erhielt Kaiser Besuch von einem Kriegskameraden aus der Sowjetzone. Später wollte er ihn zur Bahn bringen. Der Kriegskamerad war ein Menschenräuber. Kaiser wurde in den Sowjetsektor verschleppt, im August 1952 vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und später hingerichtet.

In der Verhandlung war ihm vorgeworfen worden, er habe auch mit Giften experimentiert. Die Kampfgruppe bestritt energisch, sich jemals mit Giften beschäftigt zu haben. Aber noch im selben Jahr hinterlegte ein Mitarbeiter des chemisch-technischen Laboratoriums der KgU bei einer westdeutschen Polizeidienststelle eine Akte, die Ausarbeitungen über Nervengifte enthielt, besonders über Cantharidin.

Diese Droge wird aus einer Käferart, der „spanischen Fliege“, gewonnen und dringt auch durch die Haut in den Körper ein, also etwa dann, wenn man einen mit Cantharidin präparierten Brief in die Hände nimmt. Ganz geringe Mengen wirken auf das Zentralnervensystem zunächst anregend, rufen dann aber Lähmungserscheinungen hervor.

In der KgU-Akte, die im Juni 1952 bei einer westdeutschen Polizeidienststelle hinterlegt wurde, ist die Möglichkeit erörtert, führende kommunistische Funktionäre der Sowjetzone mit Cantharidin arbeitsunfähig zu machen. Sieben Jahre später, im November 1957, tauchte der Name dieses Giftes auch in der öffentlichen Diskussion auf, als der West-Ost-Nachrichtenhändler Stephan in Berlin vor Gericht stand.

Er behauptete dort, Ernst Tillich habe von einem KgU-Plan erzählt, die Kantinenlebensmittel der Zentrale des Staats-

sicherheitsdienstes zu vergiften, und zwar mit Cantharidin.

Tillich wies entrüstet zurück, vor Stephan jemals einen solchen Plan entwickelt zu haben. Das Gericht versuchte durch Zeugenvernehmungen Klarheit über die Cantharidin-Pläne der KGU zu bekommen. Aber die Zeugen, frühere und jetzige Mitarbeiter der KGU, wußten nichts Genaues, verweigerten die Aussage oder konnten sich an überhaupt nichts erinnern.

Mit seiner KGU also suchte Privatmann Tillich die Bevölkerung der Sowjetzone für eine Erhebung gegen das Regime fit zu machen. Tillich: „Die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang waren... davon überzeugt — wir sprechen dies hier mit aller Offenheit aus —, daß die amerikanische Besatzungsmacht ihre Kräfte zusammenfassen und die Sowjets baldigst aus der Sowjetzone vertreiben würde. Der ganze sogenannte Widerstand, der echte und der unechte, der in der Sowjetzone nach 1945 geleistet worden ist, kann überhaupt nur verstanden und begriffen werden, wenn man sich darüber klar ist, daß die Hoffnung auf eine baldige Befreiung vorhanden war.“

Einige Zeit später sagte Tillich: „Für jeden aufmerksamen Beobachter wuchs in diesen Jahren spontan der Aufstand heran, der dann am 17. Juni 1953 zum Ausbruch kam und von dem wir — und mit uns viele Tausende in der Zone — die irrige, aber gewiß nicht unehrenhafte Hoffnung hegten, daß er zur Wiedervereinigung führen werde.“

Tillichs Irrtum — angesichts seiner engen Beziehungen zu den Amerikanern schwer verständlich — war tödlich, nicht für ihn, aber für viele Widerständler in der Zone, die nicht von amerikanischen Panzern befreit, sondern hingerichtet oder ins Zuchthaus geworfen wurden.

Der erste in einer langen Reihe von gutgläubigen Widerstandskämpfern, die ihre Verbindung zur KGU mit dem Tode büßen mußten, war der Kraftfahrer Ernst Burianek. Sein Schicksal ist typisch für viele ähnliche.

Johann Burianek, Jahrgang 1913, gelernter Maschinenschlosser, war bei Kriegsende Kraftfahrer der Berliner Kommandantur. Danach fuhr er für sowjetische Dienststellen. 1947 trat er der SED bei, ging dann zum „Deutschen Kraftverkehr“, einem staatlichen Transportunternehmen, und war bald technischer Leiter und — nach Besuch der SED-Kreispartei-schule — SED-Betriebsgruppenleiter.

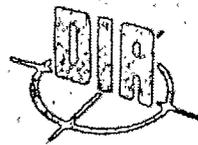
Im März 1949 meldete sich Burianek zur Volkspolizei, die ihn zwar als Hauptwachtmeister einstellte, gleichwohl aber seine Vergangenheit überprüfte und dabei entdeckte, daß Burianek in den letzten Kriegstagen als Kommandantur-Fahrer einen Deserteur festgenommen hatte, der nur mit knapper Not der Hinrichtung entkam. Ein Sowjetzonengericht verurteilte ihn deswegen im November 1949 zu einem Jahr Gefängnis, doch wurde er schon im April 1950 wieder freigelassen.

Burianek, aus Volkspolizei und SED ausgestoßen, war damals arbeitslos. Über diese Zeit sagte er später aus: „Als ich nach Arbeit herumlief, ging ich in den Westsektor und wollte dort Arbeit finden. Ich suchte dazu den Lesesaal des ‚Telegraf‘ in Halensee auf, um die Stellenangebote zu lesen.“

„Ein Herr Lehmann fragte mich dort, ob ich mir nicht nebenbei etwas verdienen wolle: ‚Du bekommst ein Päckchen Briefe, die bringst du drüben in den Briefkasten‘. Ich sagte, das wäre ja nicht weiter schlimm. Er brachte mich dann zu einem Herrn, der sich als Redakteur Nieke vorstellte. Dieser erklärte mir, daß sich in den Briefumschlägen der ‚Telegraf‘ befinde. Die Briefe, etwa

DEUTSCHER INNEN- UND AUSSENHANDEL

BERGBAU



Firma

Fabian & Co.

Hohenbocka-Hosena

Kr. Senftenberg

DIA-NR. 102

Bitte die angegebenen Adressen sorgfältig prüfen und die Angaben in der Verfügung nicht überschreiten.

Schm. Nr. 28

102

BERLIN W 8

11. 1. 55

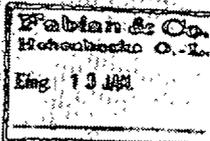
Betr.: Export von Kristallquarzsand

Der Export von Kristallquarzsand lt.

Auftr. Nr. 1424/46/1057 und
Liefergenehmig. Nr. 0114/IDH/46/1241

ist sofort einzustellen.

Wir werden Ihnen dafür in Kürze andere Exportpartner zuweisen.



Hochachtungsvoll
Deutscher Innen- und Außenhandel

gez. H o f m a n n

I. V.

Von der KGU gefälschter Behördenbrief: „Lieferung ist einzustellen“

50 Stück, übergab mir Lehmann. Dafür erhielt ich fünf Mark. Später waren es zehn Mark.“

Die Briefe waren als Behördenpost der „DDR“ gekennzeichnet und trugen als Absender die Adressen sowjetzonaler Dienststellen und Organisationen. Burianek hatte sie im Ostsektor in Briefkästen zu werfen, die in der Nähe der fingierten Absender angebracht sind.

Im August 1950 wurde Burianek im Ostsektor beim Volkseigenen Betrieb (VEB) Secura-Mechanik als Kraftfahrer angestellt. Von da an konnte er die westlichen Propagandaschriften mit dem volkseigenen Dienstwagen in den Ostsektor befördern.

Im März 1951 bekam er direkten Kontakt mit der KGU-Zentrale. Dort erhielt er neben Propagandaschriften nun auch noch Flugblätter und Klebezettel, die er im Ostsektor verbreiten sollte. Bald hatte Burianek im VEB Secura eine Gruppe von sechs Gleichgesinnten, um sich geschart. Sie

mußten sich ihm schriftlich „zur Bekämpfung des Kommunismus, wo immer er auftritt“, verpflichten. Es werde „Verrat mit dem Tode bestraft“, hieß es in der Verpflichtungserklärung.

Die Gruppe legte im VEB Secura westliches Propagandamaterial aus — auf Treppen und Toiletten —, praktizierte freiheitliche Schriften in polnischer Sprache in Waggons mit Exportlieferungen nach Polen und meldete Betriebsinterna des VEB Secura an die KGU.

Der Betrieb bezog zum Beispiel in Kraftwagen illegale Stahllieferungen aus Westdeutschland; Burianeks Leute gaben die Autonummern der westlichen Lastwagen an die KGU, die Westberliner Polizei konnte zugreifen, und in einer Abteilung des volkseigenen Werks mußte eine Monatsproduktion ausfallen.

Vor den sogenannten „III. Weltjugendfestspielen“ in Ostberlin 1951 besorgte Burianek sich, von der KGU 150 Stinkbom-



Manager Tillich mit Frau Anita (l.): „Wir müssen ein Volk ...“

von dem Widerstandskämpfer Burianek, der seine Taten nur mit KGU-Unterstützung hatte vollbringen können. Tillich schrieb: „Einer der Leute, gegen die wir die schwersten Bedenken trugen und von denen wir uns schließlich mit Krach distanzieren, war beispielsweise Burianek.“

Daß sich die KGU durch Verhaftung, Aburteilung und Hinrichtung Burianeks keineswegs von ihrer Widerstandslinie abbringen ließ, zeigt eine Liste ihrer Sabotage-Aktionen von Mai 1951 bis August 1952. Ihr ist zu entnehmen, daß zwar nach Burianeks Verhaftung eine kurze Pause eintrat, dann aber unverdrossen weitergemacht wurde:

- ▷ 21. 5. 1951 Trockenmilch durch Zusatz von Seife unbrauchbar gemacht;
- ▷ 12. 6. 1951 Milch durch Sacharin ungenießbar gemacht;
- ▷ 1. 12. 1951 Kurzschluß im Elektrizitätswerk Eberswalde;
- ▷ 5. 1. 1952 Sabotage-Aktion an Tankwagen der Reichsbahn;
- ▷ 12. 2. 1952 Vernichtung von Druckluftschläuchen an Güterzügen;
- ▷ 12. 8. 1952 Diesellokomotive auf Großbaustelle zum Entgleisen gebracht;
- ▷ August 1952 Stilllegung einer Turbine in einem Zellstoffwerk durch Verunreinigung des Turbinenöls durch Sand, Schaden: 250 000 Mark.

ben, 1000 „Reifentöter“ und fünf Pakete mit Brandsätzen, die zum Anzünden von Propaganda-Gerüsten verwendet werden sollten.

Die „Reifentöter“, gebogene Stahldrähte zum Durchlöchern von Autoreifen, wurden nachts auf die Ausfallstraßen gestreut, die Stinkbomben unter Festteilnehmer geworfen. In einem Wagen des VEB Secura fuhr Burianek vor Marschkolonnen her und ließ die Stinkbomben durch ein Loch im Wagenboden fallen.

All das war dem Widerstandskämpfer Burianek aber noch nicht genug. Er wollte in der ganzen Sowjetzone eine Geheimorganisation, die „Partisanen der Freiheit“, aufbauen, deren Chef er — unter der Oberleitung der KGU — zu werden wünschte. KGU-Widerstandschef Baitz war von diesen Organisationsplänen Burianeks nicht sehr begeistert. Er hatte aber andere Aufträge für ihn: Burianek möge einem Volkspolizeiposten an der Berliner Stadtgrenze das sowjetzonale Fahndungsbuch mit Gewalt entführen. Indes, die Aktion klappte nicht, weil der Posten wider Erwarten zu stark besetzt war.

Burianek sann auf andere Taten gegen den Kommunismus. Er wollte eine Eisenbahnbrücke östlich von Berlin in dem Augenblick sprengen, in dem der „Blaue Expres“, der D-Zug Berlin—Moskau, darüberfuhr. Die KGU-Widerstandsabteilung lieferte den notwendigen Sprengstoff, stellte aber kein Automobil, wie Burianek es gewünscht hatte.

Der enttäuschte Widerstandskämpfer eilte zum amerikanischen Geheimdienst; aber die Amerikaner winkten ab. Sie waren an Spionage, nicht aber an Sabotage interessiert.

Anfang 1952 erhielt die Widerstandsabteilung der KGU Nachricht, Burianek werde im Osten überwacht. Er wurde aber nicht nach Berlin gerufen, sondern man „schaltete ihn ab“, wie es im Jargon heißt, man brach jede Verbindung zu ihm ab.

Am 4. März 1952 verhaftete der sowjetzonale Staatssicherheitsdienst den Johann Burianek. Wenige Tage später war seine ganze Gruppe festgesetzt. Am 23. März 1952 wurden alle miteinander vor das „Oberste Gericht der DDR“ gestellt. Zwei Tage später war Burianek zum Tode verurteilt, seinen Freunden wurden Zuchthausstrafen zwischen zehn Jahren und lebenslanglich zudiktirt.

Kaum einen Monat später distanzierte sich Tillich in einem internen Schriftstück

Ein beklemmendes Gegenstück zu solchen Erfolgslisten sind die Listen der Opfer. So schrieb beispielsweise der KGU-Hauptsachbearbeiter Rupprecht Wagner — später ging er auf die Seite der Sowjetzone über — in einem Bericht:

Nachstehende Personen, die von mir geworben wurden oder indirekt mit diesem Personenkreis zusammengearbeitet haben, erhielten folgende Strafen:

Zeidler	15 Jahre Zuchthaus
Henne	5 Jahre Zuchthaus
Fischer	7 1/2 Jahre Zuchthaus
Herz	5 Jahre Zuchthaus
Möwius	2 Jahre Zuchthaus
Hochgesang	12 Jahre Zuchthaus

und so fort, insgesamt 21 Namen mit rund



... von Widerstandskämpfern werden“: Gründer Hildebrandt mit Sowjet-Emigrant Klimow**

* In der Mitte die Frau des Dr. Alexander Truchnowitsch, eines österreichischen Offiziers, der im ersten Weltkrieg zu den Russen überlief und später in der Sowjet-Union Arzt wurde. 1934 siedelte Truchnowitsch erst nach Jugoslawien, dann nach Deutschland über. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde er führender Funktionär mehrerer antikommunistischer Emigranten-Organisationen. Am 13. April 1954 verschwand er aus Westberlin in den Ost-Sektor, nach sowjetzonaler Darstellung ging er jedoch freiwillig.

** Ehemaliger Sowjet-Offizier, der 1948 aus der Sowjetzone in den Westen floh und Vorsitzender der Vereinigung der Nachkriegsemigranten aus Rußland wurde. Verfasser des Buches „Berliner Kreml“.

127 Jahren Zuchthaus und 125 Jahren Zwangsarbeit in Workuta.

Tillich im Juni 1952: „Ich selbst bin der Meinung, daß man über kurz oder lang zu härteren Formen des Widerstandes über die bisherigen Formen der politischen Propaganda, der Zersetzung und des Nachrichtenwesens hinauskommen wird.“ Und bald darauf: „Wir müssen ein Volk der tapferen Widerstandskämpfer werden, nachdem wir ein Volk der tapferen Soldaten waren.“

Neben Ausforschung der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Lage in der Sowjetzone — an deren Ergebnissen auch die Amerikaner interessiert waren — und neben Belieferung sowjetzonaler Freiheitskämpfer mit Propaganda- und Sabotagematerial widmete sich die KgU-Widerstandsabteilung noch einer weiteren Aufgabe: der „Administrativen Störung“.

Die Amerikaner hatten diese Taktik empfohlen. Die KgU produzierte Briefe, die den offiziellen Amtsbriefen in der „DDR“ täuschend ähnlich nachgemacht waren und in Ostberliner Briefkästen in der Nähe der fingierten Absender eingeworfen wurden.

Beispielsweise erhielten HO-Geschäfte in einer kleinen sächsischen Stadt eine fingierte, in Wahrheit von der KgU stammende Mitteilung ihrer Berliner HO-Zentrale, sämtliche Preise der staatlichen Handelsorganisation seien ab sofort radikal herabgesetzt. Noch ehe die Fälschung entdeckt werden konnte, waren sämtliche Geschäfte ausverkauft.

Die KgU verteilte falsche Lebensmittelkarten und Reisemarken in der Zone, um die Versorgung durcheinanderzubringen; sie leitete Kindertransporte, die nach Rügen gehen sollten, nach Thüringen um. Ausländische Handelspartner der „DDR“ bekamen Schreiben sowjetzonaler Lieferfirmen, daß die Lieferverträge nicht eingehalten werden könnten, und Betriebe der Sowjetzone wurden durch Schreiben ihrer vorgesetzten Dienststellen in Ostberlin zu Produktionsänderungen aufgefordert.

Besonders aktive Kommunisten wurden auch individuell angesprochen. Ihre Frauen bekamen etwa Trauerkarten mit der Aufschrift „Herzliches Beileid zum baldigen Ableben Ihres Ehegatten“, und bis 1952 wurden in Ostberlin wohnende Funktionäre von Westberlin aus telefonisch zur Einsicht ermahnt.

Eine der vielen Aufgaben, die sich Tillichs private KgU selbst gestellt hatte, bestand darin, die Interessen der Sowjetzonenbevölkerung im Westen zu vertreten.

Schon im November 1950 schrieb Ernst Tillich „im Namen zahlreicher Widerstandsgruppen der Sowjetzone“ einen offenen Brief an Konrad Adenauer und beschwor den Kanzler, die Remilitarisierung Westdeutschlands voranzutreiben. Den Sowjets sei nur „mit überlegener Stärke“ zu begegnen.

Im Rahmen dieser Geschäftsführung ohne Auftrag organisierte die KgU vor der Berliner West-Ost-Außenminister-Konferenz des Jahres 1954 eine originelle Aktion: Alle KgU-Angestellten und alle ehemaligen Vertrauensleute aus der Zone, die nach Westdeutschland geflohen waren, wurden aufgefordert, Briefe und Postkarten des Inhalts an US-Außenminister Dulles zu schicken, die Bevölkerung der Sowjetzone bitte, Dulles möge so hart wie möglich verhandeln.

Auch Verwandte der KgU-Leute spannte man in die Briefaktion ein. Tatsächlich gingen auf diese Weise rund zehntausend Briefe, Postkarten und Ansichtskarten an Dulles ab.

Rundfunk und Wochenschau berichteten damals über diese Briefe, und in der KgU-Zentrale gab es großes Gelächter, als ein



FAHR' JA VORSICHTIG !...



Aber natürlich, Liebling. Du weißt doch, ich fahre immer vorsichtig, mit Kopf- und guten Reifen. Besonders die Reifen sind mir wichtig, die müssen bei mir schon sehr gut sein. Daher fahre ich jetzt eine Marke für „reifenbewusste“ Fahrer:

VEITH © B.F. Goodrich



**Taschenringbücher
Werbebeschenke
von Dauerwert**

LIEBOLD-MECHANIKEN · ESPELKAMP-MITTWALD/WESTF.
Wir vermitteln namhafte Ringbuch-Hersteller

HALLO WACH
macht münter!



• Bei Rheuma-Schmerzen, Ischias, Kopf-, Nerven-, Muskel-, Herz- und Magen-Beschwerden: das altbewährte Hausmittel.

AMOL *hieft* **Einnehmen und Einreiben!**
von A-2

Überall in Apotheken und Drogerien.

Angestellter berichtete, er habe unter den Briefen, die in der Wochenschau gezeigt wurden, seinen eigenen erkannt.

Als im Februar 1955 im Bundestag über den Beitritt der Bundesrepublik zur Nato entschieden werden sollte, griff die KgU mit einer doppelten Aktion ein. Zunächst verschickte sie an Abgeordnete der Koalition fingierte Briefe, die angeblich vom sowjetzonalen „Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ stammten. In ihnen wurde mit handfesten kommunistischen Argumenten gegen den Beitritt der Bundesrepublik zur Nato polemisiert.

Zwei Tage später gingen beim Bundeskanzleramt, beim Bundespresseamt und bei der CDU und FDP Fotokopien eines Schreibens Ulbrichts an die „Nationale Front“ ein, in dem der „Nationalrat“ zu solchen Propagandabriefen an Bundestagsabgeordnete aufgefordert wurde. In dem fingierten Ulbricht-Brief hieß es:

„In einer Sitzung des Politbüros des ZK der SED wurde in voller Einmütigkeit festgestellt, daß auf Grund des Manifestes in der Frankfurter Paulskirche vom 29. Ja-



KgU-Überprüfer Lipschitz
Schwarze Listen ...

nuar 1955 man unseren Zielen für die Wiedervereinigung Deutschlands bedeutend nähergekommen ist. Die bisher geführten Verhandlungen mit verantwortlichen Kreisen der SPD hinterließen den Eindruck, daß bei kommenden Verhandlungen über freie Wahlen in ganz Deutschland die Verfassung und die Wahlgesetze der DDR weitgehend berücksichtigt werden ...“

Der Zweck des Ganzen war klar: Der gefälschte Ulbricht-Brief mit seinen Lobsprüchen für die SPD und seiner Aufforderung zu Propaganda-Briefen an Koalitionsabgeordnete sollte dadurch glaubwürdig werden, daß bei Koalitionsabgeordneten tatsächlich Propaganda-Briefe ankamen.

Im März 1955 erhielten westdeutsche Sportvereine, die versucht hatten, mit Sowjetzonenvereinen in Sportverkehr zu kommen, Schreiben des „Staatlichen Komitees für Körperkultur und Sport der DDR“.

Sie enthielten so massive KP-Propaganda, daß den westdeutschen Sportlern jede Lust zu gesamtdeutschem Sport vergehen mußte. Auch diese Briefe stammten von der KgU.

Im Prozeß gegen den Berliner Nachrichtenhändler Stephan im November 1957 schließlich gab Ernst Tillich als Zeuge zu, dem Angeklagten diffamierendes „Informationsmaterial“ über KgU-Gründer Rainer Hildebrandt und westliche Kritiker der KgU übergeben zu haben. Der Prozeß ergab auch, daß Ernst Tillich den obskuren Ost-West-Agenten Stephan gebeten hatte, belastendes Material über westdeutsche Politiker zu sammeln, die der KgU kritisch gegenüberstanden.

An solchen Persönlichkeiten war kein Mangel; denn immer zahlreicher wurden die Prozesse gegen KgU-Mitarbeiter in der Sowjetzone, die regelmäßig mit unmenschlich harten Urteilen endeten. Den alten kommunistischen Berufs-Untergründern im sowjetzonalen Staatssicherheitsdienst (SSD) gelang es, immer mehr Einzelheiten aus der KgU-Arbeit zu erfahren.

Der SSD brachte KgU-Mitarbeiter, die in der Zone gefaßt wurden, dazu, alles auszusagen, was sie wußten. Tillich hatte für sie Verständnis: „Ich könnte nicht schweigen, wenn mich der SSD körperlichen Torturen aussetzen würde.“ Es liefen aber auch Mitarbeiter der KgU-Zentrale zum Osten über. Tillich selbst berichtet, es seien sogar „zwei Fälle vorgekommen, in denen Angestellte, die die Verbindung zu Mitarbeitern aus der Zone zu unterhalten hatten, 1951 beziehungsweise 1955 im ‚Osten aufgetaucht‘ sind und dort die ihnen aus dem Gedächtnis bekannten Namen ihrer ehemaligen Mitarbeiter preisgegeben haben“.

Schon im November 1951 stellte das Gesamtdeutsche Ministerium Zahlungen ein, die es bis dahin an die KgU zur Flüchtlingsbetreuung geleistet hatte. Ein Jahr später strich die SPD Tillich aus ihren Mitgliederlisten, weil er „seit längerer Zeit die statutarischen Pflichten nicht mehr erfüllt“ habe.

Mitte 1955 sperrte Berlins Innensenator Lipschitz die monatlichen Zahlungen des Senats an die KgU von 500 Mark, die bis dahin geleistet worden waren, um Unkosten zu decken, die der KgU durch Senatsanfragen entstanden.

Das Bundesvertriebenenministerium schaltete die KgU aus dem Flüchtlingsnotaufnahmeverfahren aus, an dem sie bis dahin mitgewirkt hatte.

Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses plante, im Stadt-Parlament eine Anfrage wegen der KgU einzubringen, sah aber dann davon ab, weil im Ost-Sektor gerade wieder Schauprozeße gegen KgU-Leute liefen. Die SPD wollte nicht den Anschein erwecken, die Prozesse würden rechtmäßig geführt.

Immerhin: Der SPD-Innensenator Lipschitz sprach öffentlich von seinen „Bedenken gegen Institutionen, die auf einem derart diffizilen Gebiet tätig und einer wirksamen Kontrolle durch Verwaltung oder Volksvertretung nicht unterworfen sind“. Lipschitz ging im Auftrag des Berliner Senats daran, einen kritischen Geheimbericht über die KgU zusammenzustellen.

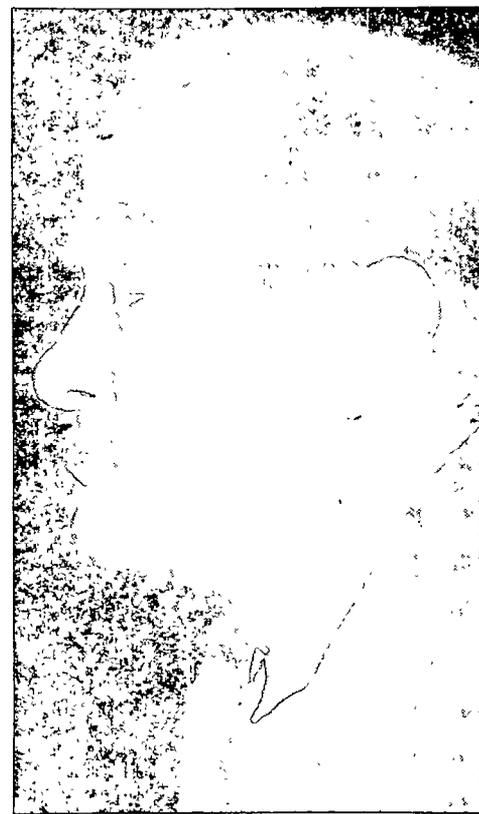
Lipschitzens Untersucher förderten außer handfesten Beweisen für Spionage und Sabotage-Tätigkeit noch allerhand andere unerfreuliche Dinge zutage. Beispielsweise ergab sich, daß die KgU nicht nur Sowjetzonenfunktionären Gift zugebracht hatte: „Herr Bährmann erklärte auf Befragen zu dem Vorwurf betr. Gift: Man habe seinerzeit erwogen, Gift herzustellen, um Mitarbeitern, falls sie in die Gewalt sowjetzonaler Organe gerieten, den Selbstmord zu ermöglichen.“

Wie leichtfertig die KgU arbeitete, ergab eine Überprüfung der sogenannten „schwar-

zen Listen“. Sie wurden regelmäßig im „KgU-Archiv“ veröffentlicht und prangerten „westliche Persönlichkeiten“ an, die „zugunsten des Zonen-Regimes in Erscheinung“ traten. Das „belastende“ Material, das als Unterlage für eine sechs Personen umfassende „schwarze Liste“ in einer Ausgabe des KgU-Archivs diente, sah beispielsweise so aus: Vier Ausschnitte aus Ostzonen-Zeitungen, in denen je einer der Angeprangerten als Teilnehmer einer Veranstaltung erwähnt war, und zwei unbestätigte Agentenberichte.

Über das Personal der KgU vermeldet der Lipschitz-Bericht, daß etliche leitende Angestellte ehemals SA- oder SS-Führer waren, und daß „der starke personelle Wechsel bei der KgU auffallend“ sei: „Das Jahr 1955 stellt hierbei mit 34,3 Prozent Abgängen und 40,5 Prozent Zugängen einen Höhepunkt dar. Von den 72 vom 1. Januar 1952 bis zum 30. Juni 1956 Ausgeschiedenen — darunter 23 Disziplinarfälle — waren 18 leitende Mitarbeiter; von ihnen schieden 11 aus disziplinarischen Gründen aus.“

Der Bericht ging nach Bonn, zuständige Sprecher erregten sich über die Arbeit die-



Nachrichtenhändler Stephan
... über westdeutsche KgU-Gegner

ses „traurigen Restbestandes des Kalten Krieges“, wollten sich aber die Finger nicht verbrennen: Das Bundesinnenministerium gab Mitte März 1958 bekannt, Berlin möge selbst entscheiden, was geschehen solle; die KgU arbeite ja auf Berliner Boden, und die Bundesregierung habe keine rechtliche Möglichkeit einzugreifen. Veröffentlicht wurde dieser Bericht bis heute nicht.

Derweil hatte — vor allem in Berlin — eine heftige Pressekampagne gegen die KgU und ihren Chef Tillich begonnen. Das „Spandauer Volksblatt“ bezeichnete die Kampfgruppen-Tätigkeit unumwunden als „verbrecherisch“, und der SPD-Presse-dienst schrieb: „Im Interesse des notwendigen Widerstandes gegen das Regime von Pankow wäre es wünschenswert, wenn die Verantwortlichen diesen Krankheitsherd (die KgU) endgültig beseitigen würden.“

Dazu ist es bisher freilich nicht gekommen. Tillich selbst jedoch begriff, daß er sich nicht mehr lange halten könne, und zog es vor, rechtzeitig aus der Schußlinie zu retirieren, zumal er befürchten mußte, wegen der gesetzwidrigen Machenschaften seines Vereins in der Bundesrepublik (gefälschte Briefe, schwarze Listen) vor Gericht gestellt zu werden: Er legte am 24. April 1958 den Vorsitz der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit e. V.“ nieder und trat eine Auslandsreise an.

Unterdes präpariert die FDP-Fraktion des Bundestages eine Große Anfrage über die Machenschaften der KgU und über andere politische Skandale, die sie nach den Parlamentsferien im Bundestag einbringen will. Ob diese Aktion ausreichen wird, den „Krankheitsherd endgültig zu beseitigen“, steht noch dahin. Einstweilen existiert die KgU unter einem neuen Vorstand aus Tillich-Vertrauten weiter. Vorsitzender Adolf Hellwig: „Wir fahren den Apparat hier weiter. Es besteht keine Absicht, daran etwas zu ändern.“

Bonn scheint diese Absicht in der Tat nicht zu haben, vornehmlich wohl zweier Bedenken wegen:

- ▷ aus der Befürchtung, mit einer KgU-Liquidierung der sowjetzonalen Propaganda Vorschub zu leisten, und
- ▷ aus der Besorgnis, amerikanische Geldgeber der KgU zu verstimmen.

Den Löwenanteil der Kosten zahlt zur Zeit die amerikanische Organisation „Kreuzzug für die Freiheit“, eine private Vereinigung antikommunistischer Geldleute; der amerikanische Geheimdienst ist nur noch mit kleinen Summen beteiligt.

Dabei böte eine KgU-Liquidierung keinerlei Schwierigkeiten: Der Suchdienst und die Gefangenenfürsorge können leicht vom Roten Kreuz übernommen werden. Die Verbreitung westlicher Propagandaschriften in der Zone durch die Post und durch Luftballons wäre eine legitime Aufgabe für die Ostbüros der Parteien, die — anders als die KgU — einer Kontrolle durch die zuständigen Parteigremien unterliegen.

Die Ausforschung militärischer und wirtschaftlicher Geheimnisse in der Sowjetzone ist schließlich ohnedies Aufgabe der staatlichen Geheimdienste.

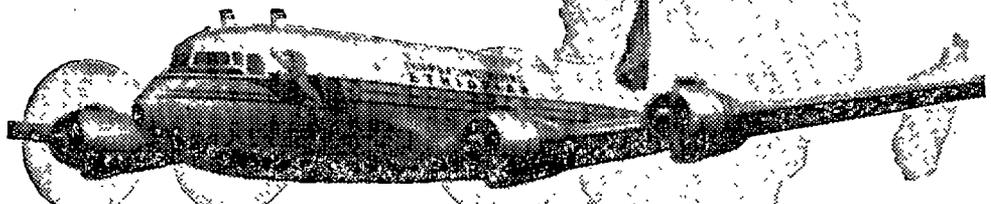
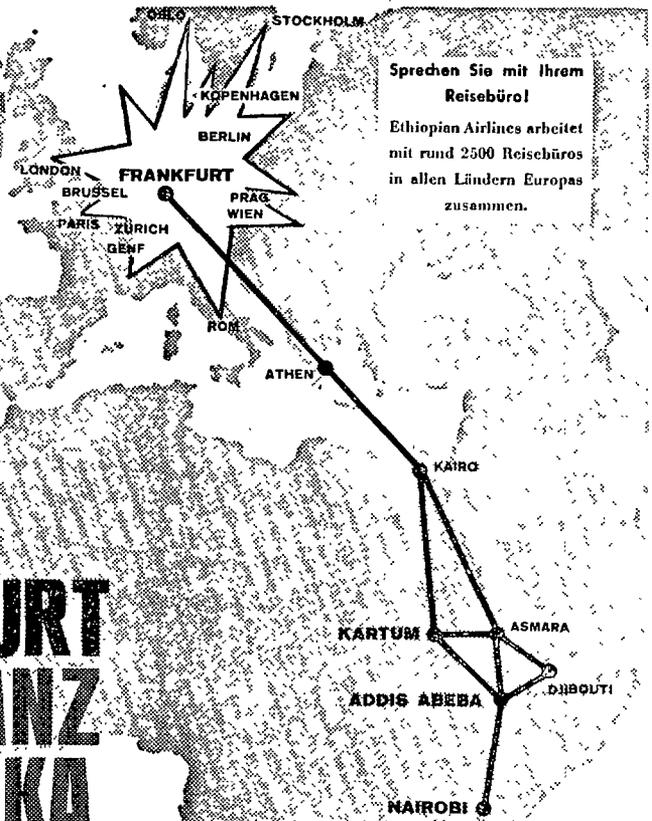
Die Beratung von Sowjetzonenflüchtlingen ist Sache der Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens, wobei jede Ausfragung von Flüchtlingen durch Geheimdienste strikt zu vermeiden wäre.

Bleibt nur eine echte Sorge, die mit einem Verbot der KgU heraufbeschworen würde: die Sorge um die wirtschaftliche Zukunft einiger KgU-Funktionäre, vornehmlich des Gerd Baitz und seiner Familie. Widerstandschef Gerd Baitz beschäftigt nämlich bei sich seinen Vater, eben jenen „Onkel Gustav“, der sich von einer Informatin betäuben und seinen Personalausweis und Akten entwenden ließ. Eine Schwester von Gerd Baitz war als KgU-Sekretärin tätig — bei ihrem Vater. Gerd Baitzens Schwiegervater schließlich hatte bis zu seinem Tode ein Auskommen in der KgU-Zentralkartei gefunden.

Die Familie Tillich dagegen hat für die Wechselfälle des Lebens vorgesorgt und schon vor einiger Zeit begonnen, sich eine neue wirtschaftliche Basis zu schaffen. Nachdem Anita Tillich als Geschäftsführerin der „Vereinigung für kulturelle Hilfe“ ausgeschieden war, eröffnete die ehemalige Widerstandskämpferin am Kurfürstendamm ein Institut für Hilfe ganz anderer Art.

Es ist ein Schönheits-Salon, der sich zu „individueller Gesichtspflege“ empfohlen hält.

JETZT DC-6B FLUG- DIENST VON FRANKFURT NACH GANZ OSTAFRIKA



Das Land der Königin von Saba ist wie ein Märchenland! Eine kühle Oase, reich an historischen Stätten, bietet Äthiopien Ihnen ein unvergleichliches Ferienerlebnis. Hotels mit jedem modernen Komfort in allen größeren Städten.

Eine neue Fluglinie nach Afrika ist eröffnet! Von Frankfurt erreichen Sie jetzt über Nacht mit den Ethiopian Airlines die Hauptstädte Ostafrikas. Sie fliegen in neuen DC-6B Maschinen mit Luxusausstattung. Die Leistungen der Ersten Klasse und der Touristenklasse werden Sie beeindruckend. Für auserlesene Speisen sorgt ein erfahrener europäischer Küchenschef. Regelmäßiger Flugverkehr ab Frankfurt jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag um 18 Uhr über Athen, Kairo, Kartum oder Asmara mit Ankunft in Addis Ababa am nächsten Morgen. Zweimal wöchentlich direkter Anschluß nach Nairobi.

NACH AFRIKA MIT ETHIOPIAN AIRLINES!
የኢትዮጵያ ሳይሮ ጠንገድ ል
ETHIOPIAN AIRLINES
THE WONDERLAND ROUTE
Generalvertretung in Deutschland: LUFTHANSA

HONNIG

ein großartiger
SEKT